

„Mit einer Stimme sprechen“

Der Friedensforscher Bruno Schoch über die Gefahren für den Frieden in Europa und den Zustand der NATO

Interview: Françoise Hanff

Dass der Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit ist, ist in den vergangenen Jahren offensichtlich geworden. Die USA, Russland und China verfolgen vor allem eine Politik der nationalen Interessen, zwischen denen der europäische Staatenbund zerrieben zu werden droht. Das „Luxemburger Wort“ hat darüber mit Bruno Schoch vom Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung gesprochen.

Bruno Schoch, schlafen Sie noch ruhig angesichts der aktuellen Lage in Europa?

Ich versuche es, wobei schon manche Entwicklungen besorgniserregend sind.

Welche Bedrohungen gibt es denn für den Frieden in Europa?

Viele. Ich glaube, am besorgniserregendsten ist, dass das, was wir eine europäische Friedensordnung genannt haben, von den Großmächten konterkariert wird. Das heißt die USA, Russland und auch China betreiben keine multilaterale konstruktive Weltpolitik mehr, sondern machen nationale oder sogar nationalistische Großmachtspolitik, und ich glaube, das ist für die Europäer, die auf Kooperation und Überwindung der nationalen Souveränität orientiert sind, eine extreme Herausforderung.

Gibt es auch innereuropäische Bedrohungen?

Ja sicher. Es gibt diese neue Faszination für Nationalismus und für autoritäre Männer, oder in Frankreich für eine autoritäre Frau, – Stichwort Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, wo man demokratische Werte fundamental in Frage stellt – und natürlich bedroht das unsere Demokratien und damit auch den innergesellschaftlichen Frieden in Europa, aber auch in den einzelnen Staaten.

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat die NATO als hirntot bezeichnet. Sind Sie mit dieser Aussage einverstanden?

Gute Frage, stellen Sie die nächste (*lacht*). Ich bin mir unsicher. Auf der einen Seite ist Donald Trump nicht Amerika und der amerikanische Kongress steht nach wie vor zur NATO, auch wenn der Präsident die Sicherheitsgarantie in Frage stellt. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist, dass wenn Macron damit darauf hinweisen sollte oder wollte, dass die Europäer mehr für ihre eigene Sicherheit machen müssen, weil wir uns nicht mehr, wie Frau Merkel gesagt hat, auf die Amerikaner verlassen können, dann hat er Recht. Die Europäer müssen sich stärker als bisher mit Fragen ihrer Außenpolitik, mit Fragen der Sicherheit, und letzten Endes auch mit militärischen Fragen beschäftigen, als es ihnen lieb ist und als sie bisher tun. Macrons „L'Europe qui protège“ gilt in sozialer Hinsicht und es gilt aber auch in sicherheitspolitischer Hinsicht. Die Europäer geben furchtbar viel Geld aus für Militär, haben fast so viele oder sogar



Mit derzeit 29 Mitgliedern garantiert die Nordatlantische Allianz (NATO) Sicherheit und Stabilität im euroatlantischen Raum. Foto: NATO



Bruno Schoch ist Forscher am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Foto: Julian Pierrrot

mehr Soldaten unter Waffen als die USA, und trotzdem sind sie nicht imstande, für ihre Sicherheit zu sorgen. Wenn Macron das gemeint hat, dann bin ich völlig einverstanden.

Wie sehen Sie die NATO?

Ich glaube, zumindest die Europäer in der NATO sind verunsichert. Weil eben der amerikanische Präsident von der bisherigen Außen- und Sicherheitspolitik der USA abgekehrt ist. Und wenn Sie sehen, wie Präsident Trump mit den Kurden in Syrien umspringt, die bis gestern seine Verbündeten waren im Kampf gegen den IS, dann haben die europäischen Verbündeten der NATO allen Grund, besorgt zu sein.

Wie steht es um die militärische Schlagkraft der NATO?

Ich glaube, dass das Argument, was der Generalsekretär immer wiederholt, dass die NATO das stärkste Militärbündnis der Weltgeschichte ist, nach wie vor stimmt. Sie ist ein Verteidigungsbündnis und sie funktioniert insofern gut, als ich überzeugt bin, dass Russland sich es zweimal überlegen würde, ein NATO-Mit-

glied anzugreifen. Die Ukraine ist ja nicht in der NATO, und das ist ein Problem, aber ich glaube die Rationalität in Wladimir Putins Kopf, bei allem was man über ihn sagen mag, dass er nicht ein NATO-Land angreift, darauf kann man sich verlassen. Insofern erfüllt sie ihren Zweck.

Brauchen wir eine europäische Armee?

Wenn man die Formulierung „L'Europe qui protège“ ernst nimmt, dann müssen – vorsichtig ausgedrückt – die Europäer sich in Zukunft mehr Gedanken über ihre eigene Sicherheit, auch über ihre militärische Sicherheit machen. Und ob man jetzt anfängt mit der Forderung nach einer europäischen Armee, das mag möglicherweise nicht sehr geschickt sein, aber diese Vorstellung der Per-

● Ich bin überzeugt,
● dass die NATO-Osterweiterung sich nicht verhindern ließ.

manenten Strukturierten Zusammenarbeit, die PESCO, das ist höchste Zeit. Das gibt einmal die Möglichkeit, sehr viel Geld zu sparen, weil nicht jedes der 27 Länder eine eigene Militärakademie und einen eigenen Generalstab usw. braucht, aber andererseits ist es auch erforderlich, die nationalen bornierten Interessen von der Rüstungsindustrie zu überwinden. Und das ist das, was die PESCO angehen will, das ist zunächst einmal eine Absichtserklärung, das ist ja noch nicht Realität. Ich bin auf jeden Fall davon überzeugt, dass die europäischen Staaten mehr Bereitschaft für internationale Friedenseinsätze zeigen müssen als bisher. Es leuchtet mir nicht ein, dass China mehr Blauhelmsoldaten für die UNO zur Verfügung stellt als die Europäer, die angeblich eine große Friedensmacht sind.

War die NATO-Osterweiterung ein Fehler?

Das sagt Putin. Ich glaube, sie ließ sich nicht vermeiden. Selbst wenn es ein Fehler war, ließ sich der Fehler nicht vermeiden, weil die Interessen Russlands, dass der Westen nicht seinen Machteinfluss verstärkt, was die NATO zweifelsohne getan hat, ist das eine. Das andere sind aber die Interessen der mittelosteuropäischen und südosteuropäischen Staaten, und das Dilemma war, dass Russland eine gemeinsame Sicherheit für alle wollte, also Sicherheit mit Russland, und diese mitteleuropäischen Staaten wollten eine Sicherheit vor Russland. Und diesen Widerspruch kann man nicht auflösen. Man kann sagen, was letzten Endes auch passiert ist, bei der Ukraine und bei Georgien machen wir lieber keine Aufnahme – das hat Bundeskanzlerin Merkel so durchgesetzt. Aber wenn Sie sagen, aus russischer Sicht, die NATO-Osterweiterung war ein Fehler, wo ziehen Sie dann die Grenzen? War die Auf-

nahme Polens ein Fehler? War die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik ein Fehler? Das war ja der russische Außenposten sozusagen, und dann kommen Sie in Teufels Küche. Es gibt überhaupt kein Ende. Ich bin überzeugt, dass sie sich nicht verhindern ließ. Vielleicht hat der Westen zu wenig unternommen, um den russischen Sicherheitsbedürfnissen gerecht zu werden. Aber das ist auch schwierig zu sagen, was man hätte tun sollen bei der gegebenen Interessenlage zwischen Russland und Polen zum Beispiel. Was mir auf jeden Fall nicht einleuchtet, ist das Argument, dass das große Russland, das vor lauter Militärkraft manchmal kaum laufen kann, wie Putin manchmal erzählt, dass das sich von der NATO-Osterweiterung bedroht fühlt. Diese Angst Russlands gehört zu dem Widerspruch, dass man auf der einen Seite die zweitgrößte Atommacht ist und auf der anderen Seite Minderwertigkeitskomplexe hat, weil das eigene Pro-Kopf-Einkommen so klein ist, wie es ist.

Wie sollte die EU mit den USA beziehungsweise mit Russland umgehen?

Das Allerwichtigste meines Erachtens wäre, dass Europa damit umgeht wie mit dem Brexit, nämlich mit einer Stimme. Es ist ja erstaunlich beim Brexit, dass das geklappt hat. Und wenn sich die Europäer nicht auseinanderdividieren lassen, von Russland, von den USA und übrigens auch von China, dann glaube ich wären wir erheblich weiter.

Macron hat der EU-Erweiterung auf dem Balkan eine Absage erteilt. Ist das ein Fehler?

Ja, definitiv. Weil die Europäische Union ein Grundprinzip hat, dass man sich auf Verträge und auf Recht verlassen kann. Und man hat diesen Staaten eine Beitrittsperspektive versprochen, in Aussicht gestellt unter bestimmten Bedingungen, und ich finde, dann kann man nicht eines Tages kommen und sagen, ätsch, wir machen jetzt etwas ganz anderes. Das kann sich eine autoritäre Großmacht leisten, aber nicht eine Europäische Union, die im Grunde eine Rechtsunion ist. Deswegen halte ich das für einen Fehler. Abgesehen davon trifft es vor allem Nordmazedonien besonders brutal, denn da ist es der Europäischen Union nach langen, langen Widerständen der Griechen gelungen, diese Namensfrage zu lösen. Und kaum hat man dieses Problem zwischen Mazedonien und Griechenland gelöst, kommt Macron und sagt: Ätsch! Also da tut man der Idee, den Balkan durch Annäherung an die Europäische Union zu stabilisieren, einen ganz schlechten Dienst. Das verweist auf ein strukturelles Problem der Europäischen Union. Aus der Sicht von Paris ist der Maghreb viel näher als aus der Sicht von Wien, wo der Balkan viel näher ist. Das kann man nicht ändern, aber umso wichtiger wäre es, gerade in diesen Fragen mit einer Stimme zu sprechen.